

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhofs 3606-3698. Telegramm: Ullsteinhaus Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Monatlich 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: nach Zelle 24 Pfennig. Familien-Anzeigen: nach Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] . Nr 139

DONNERSTAG, 23. MÄRZ 1933

MORGEN-AUSGABE

Neue Aussprache Hitler-Raas

Entscheidung erst am Freitag

Reichsminister Hitler empfing am Donnerstag um 4 Uhr die Vertreter der Zentrumsfaktion, und zwar den Präsidenten Dr. Raas und die Abge. Dr. Stegerwald und Siedelberger zu einer neuen Unterredung, die über zwei Stunden dauerte. Ueber den Inhalt der Aussprache wird stillschweigend bewacht. Die Zentrumsfaktion des Reichstags, die nach 7 Uhr abends zusammentrat, nahm einen Bericht ihrer Interaktion über den Gang der Verhandlungen entgegen. Beschlüsse wurden von der Fraktion nicht gefaßt. Die Zentrumsfaktion wird am Donnerstag nach Abgabe der Regierungserklärung zusammen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Man rechnet damit, daß diesem Beratungstag von den übrigen Parteien fastgegeben wird, so daß die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz im Reichstag erst am Freitag zu erwarten ist. Die Zentrumsfaktion wird dementsprechend ihre Entscheidung über das Gesetz frühestens im Laufe des Donnerstags treffen.

Das dem früheren Reichsminister Stegerwald nahestehende Berliner Blatt „Der Deutsche“ erklärt heute, von einer Entscheidung des Zentrums für oder wider das Ermächtigungsgesetz könne bis jetzt keine Rede sein. Da das Ermächtigungsgesetz unmissbaren Charakter hat und dem Kabinett unbewegliche Vollmachten gibt, sind die Besprechungen der letzten Tage offenbar um die Frage gegangen, auf welchen Gesichtspunkten von der Vollmacht zwecks Gebrauch gemacht werden soll. Reichsminister Hitler wird in der Reichstagsführung, die heute um 2 Uhr beginnt, seine Programmrede abgeben. Man nimmt an, daß darin auch diese Fragen gestreift werden dürften.

Wenn in dem Ermächtigungsgesetz, das die Reichsregierung durch die Regierungsparteien dem Reichstag vorlegen läßt, die Artikel 68 bis 77 der Weimarerfassung außer Anwendung gesetzt werden, so wird jetzt von amtlicher Stelle eine Begründung befristet gegeben. In den Artikeln 68 bis 77 der Weimarerfassung war der bisherige Weg der Gesetzgebung festgelegt, darunter auch die Mitteilung des Reichspräsidenten in der Art, daß die Gesetze zu ihrer Gültigkeit seiner Ausfertigung bedürfen, während künftighin für die nicht auf diesem Wege, sondern durch die Reichsregierung beschlossenen Gesetze die Ausfertigung durch den Reichspräsidenten vorgezogen ist. Von amtlicher Stelle wird betont, daß

damit nicht die Teilung verfolgt wird, den Reichspräsidenten auszuschalten, sondern daß es sich darum handelt, ihn von der politischen Verantwortung freizumachen, die jetzt auf die Reichsregierung übergeht, und daß der Reichspräsident dadurch härter aus den Vorgesängen der Tagespolitik losgelöst wird.

Die „Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz“ schreibt zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag u. a.: „Die Volkswegung, die hinter der Regierung Hitler steht und die nach der rapiden Entwicklung der letzten Wochen und Tage kaum noch in der Zusammenfassung des jetzigen Reichstages ihren wirtschaftlichen Ausdruck finden dürfte, ist so hart, daß der Gedanke nicht fern liegt, bürgerliche Mittelparteien könnten durch parlamentarische Beschränkung der Ermächtigung sich dem Willen des Volkes, das freie Hand für die Wiederherauskehr der Regierung Hitler fordert, entgegenstellen. Denn eine abnehmende Einstellung zum neuen Deutschland würde nicht nur eine völlige Verneinung der tatsächlichen Lage, sondern auch der eigenen Interessen dieser Parteien und der noch hinter ihnen stehenden Volkskräfte bedeuten. Die Männer der neuen Regierung waren bisher in der Lage, die nationale Revolution zu führen zu lassen, die ein Abweichen dieser elementaren Volkswegung in gefährliche Abwege, die eine Zerrüttung der Wirtschaft und des ganzen öffentlichen Lebens nach sich ziehen müßten.“

Wenn der Reichstag, der gestern in seiner nationalen Mehrheit der Nation ein so würdiges und einflussreiches Bild des neuen deutschen Geistes bot, der Regierung Hitler nicht mit der erforderlichen Mehrheit das Mandat zur ungehinderten Aufbaubarbeit befähigen will, dann werden die unausbleiblichen Folgen eines solchen parlamentarischen Rückschlusses von denjenigen Parteien nicht unermüdet werden müssen, die die Weichen der Zeit nach nicht verstanden haben. Daß die Regierung Hitler entschlossen ist, das Mandat des Volkes, das sie selbst, nicht parteipolitisch innerunsern preisgegeben, ist selbstverständlich. Die Entscheidung des Reichstages entscheidet diesmal nicht über das Schicksal der Regierung, sondern über das Wohl und Wehe der Nation selbst, deren Zukunft in ihre eigene Hand gegeben ist. Die Parteien mögen sich ihrer Zählung darüber hingeben, daß die Nationalen des Ermächtigungsgesetzes eine Anzahl angelegenheiten wäre, die von der Regierung aufgenommen wird. Man darf daher erwarten, daß nicht nur das Interesse des Volkes, sondern auch das Gebot der Gerechtigkeit und Selbstbehaltung von denjenigen Parteien verstanden wird, die es angeht.“

Nationalsozialist wird Ministerpräsident

Der Preußische Landtag nach kurzer Sitzung vertagt

Der Landtag hielt gestern eine konstituierende Sitzung ab, die nur eine Stunde dauerte. Durch Gursch wurde das Präsidium des vergangenen Landtags wiedergewählt. Der Nationalsozialist ist wieder zum Präsidenten, der Zentrumsoberordnete Baumhoff und der Deutschnationale von Ries zu Vizepräsidenten gewählt worden. Dazu kommt jetzt noch als zweiter Nationalsozialist der Abgeordnete Sarte, der früher der einzige Vertreter der Nationalsozialistischen Partei im Landtag gewesen war.

Dann vertagte sich der Landtag, wie bereits angekündigt, auf unbestimmte Zeit, wobei man erwartet, daß der Präsident ihn zum 2. Mai einberufen werde. Neue nationalsozialistische Neuwahlen erklären sich sehr energisch dafür, daß nur ein Nationalsozialist Ministerpräsident in Preußen werden könnte. So schreibt der Preussische Volksfreund der N. S. D. P.: „Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten soll spätestens am 2. Mai stattfinden. An diesem Tage wird die nationalsozialistische preussische Landtagsfraktion einen Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten wählen. Durch die mit größerer Mehrheit am 22. März angenommene Geschäftsordnungsänderung ist die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten

sichergestellt. Die 21 Nationalsozialisten partei Fraktion ist allein in der Lage, ohne die Hilfe einer anderen Fraktion in Anspruch zu nehmen, einem Nationalsozialisten zum Siege zu verhelfen. Wie wir hören, kommt Reichsminister Brüning als Ministerpräsident in Frage.“

Nach dem Inhalt ist eine Erklärung des Abg. Sarte, der seine frühere Äußerung, „die Mitterkeit Adolf Hitlers werde die ihm notwendig erscheinenden Maßnahmen auf die Forderung der Reichspolitik auch in Preußen zum Ausdruck kommen lassen“, folgenbereits kommentiert: „Wie stark wir Nationalsozialisten nach uns misserndlichen werden, geht aus der Haltung der bürgerlich nationalen Presse vom 19. März hervor, die aus meinem letzten Vortragsstück schließen will: Ausgeredet ist es, ich werde mich für eine Ministerpräsidenten-Papen ein-Örtliche des politischen Kartes verbieten es mir, diese Frage jetzt erschöpfend zu behandeln. Die preussische Fraktionsführung der N. S. D. P. aber, festigt sich unter meiner Leitung für ein rein nationalsozialistisches Preußenkabinett und für eine rein nationalsozialistische Verwaltung und für eine rein nationalsozialistische Politik ein.“

Sitzungsbericht siehe dritte Seite

Aussichten und Belastungen

Die deutsche Diplomatie war zwar, wie man hört, unterrichtet über den ursprünglichen Plan, der den Engländern von Mussolini in Rom vorgelegt worden ist, aber ob und welche Veränderungen bei den Verhandlungen in Rom an ihm vorgenommen wurden, davon ist hier noch nichts bekannt. Wenn wirklich, wie teilweise vermutet wird, die Besetzung der Kolonialfrage aus dem ursprünglichen Konzept gestrichen sein sollte, so wäre dies an sich sehr lobenswert, beruhe aber noch nicht die Wurzeln des Planes, Österreichern ist unbekannt, welches Ergebnis die Besprechungen zwischen MacDonald und den Franzosen zeitigen. Festhalten ist nur, daß die englischen und holländischen Staatsmänner es für richtig hielten, zunächst die Franzosen mit ihren Plänen zu besetzen, so daß man sich zunächst über die Lage orientiert sieht, abwarten zu können, wie Frankreich sich verhält.

Aus den Ausstellungen der französischen Presse zu schließen, sagt man in Berlin, daß der Premier Boncompagni nicht in dem Sinn, sondern nach dem Wiener Stand: so, der 1. Mai würde danach eine prinzipielle Zustimmung geben, im einzelnen aber die Artikel des Pactes weitgehend zu erweitern sich bemühen. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, so würde man nicht lange zu suchen brauchen, um zu wissen, wo das französische Abänderungsbegehren einsehen würde. Zunächst würde sich bei Begehren zeigen, in den Bereich der ohne Bundesgenossen hineinzuwirken, und — kann man sie nicht durch die Vorarbeit einleiten lassen —, so würde man versuchen, sie doch durch eine Hinterlist einzuschlagen. Sodann würde man der These von der deutschen Gleichberechtigung, in welchem Sinne immer sie in dem Rückentwurf eingeschlagen sein mag, die These von der französischen Sicherheit entgegenstellen, und schließlich würde man die Autonomiebestehen, und wenn sie nur mit Bezug auf den Art. 19 der Weimarerfassung aufgenommen sind, nach Möglichkeit verbannen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß aus der allgemeinen Anlage der französischen Politik, wie sie seit Jahren konzipiert und durchgeführt worden ist, sich die Tendenz ergibt, den Pakt von Rom zu torpedieren. Ob das aber wirklich eintritt wird, das wird man abwarten müssen. Vielleicht ist das Äußerste nicht nur bei den Engländern, sondern auch bei den Franzosen, die in dem Anlaß der Besetzung des Falles Westeuropas, ein Symptom, welches doch auf ein gewisses Subjektivismus auf Frankreich schließen läßt, ebenfalls fast als Paul-Boncour bei Polen gegenüber an Energie nicht fehlen lassen. Hoffentlich ist daraus nicht nur zu schließen, daß Frankreich es ablehnt, sich von der politischen Politik ins Geleitzug nehmen zu lassen, sondern daraus auch der Beweis zu erheben, daß gewisse aktivierte und wenig friedliche Tendenzen der französischen Politik sich bisher nicht gegenüber einer vorläufigen und weisen Haltung durchsetzen vermochten. Deutschland jedenfalls kann, wie gesagt, zunächst einmal warten.

Womit es weit weniger warten kann, das ist jene Gleichhaltung der inneren und der äußeren Politik, von der hier erst vor kurzem gehandelt wurde. In unserer äußeren Politik, die eine feste und einflussreiche Linie hat, befinden wir uns im ersten großen Frontalangriff auf den Verfall der Vertrag, auf einen seiner allerentschiedensten Teile, auf seine Abhängigkeitsbestimmungen. Deutschland fordert, wie die Gleichheit der Sicherheit, die alle anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen, es verlangt Gleichberechtigung. Dieser Kampf ist, darüber besteht kein Zweifel, ein schwerer Kampf. Wir müssen in ihm alle Kräfte einbringen, die wir haben, und wir dürfen keine der Möglichkeiten, die sich uns bieten, verachten. Hier liegt eine große Aufgabe des nationalen Aufbaus, der begonnen soll, nachdem die nationale Revolution als freigeschrieben erklärt worden ist.

Daß jede Revolution ihre Schattenfäden, auch ihre Nachteil hat, das ist ein historisch oft erwiesene Tatsache. Aber es wäre unklug, sich bei dieser Annäherung einfach abzugeben. Denn Deutschland befindet sich in einer besonderen unpolitischen Situation. Es hat weder die unangenehme Stellung Rußlands noch die relativ geringen Reibungsflächen, die Italien mit seinen Nachbarn hat. In diesen beiden Ländern konnten sich die Revolutionen nahezu ungehindert von dem Entzünden, das sie in der Welt fanden. Deutschland aber steht in einem Stadium, bei dem die Revolution einseitig abzugeben und braucht für seine außenpolitischen Ziele das Verständnis der Welt. Es braucht dieses Verständnis in einem ganz positiven Sinne: das Ausland soll uns verstehen — und Deutschland braucht dieses Verständnis in einem mehr negativen Sinne, indem es nicht getrieben darf, daß irgendwo